

Landesplanung: Türkenfeld fürchtet Folgen

Das neue Landesentwicklungsprogramm stuft Türkenfeld herab und weist es nur noch als ländlichen Raum aus. Vor Wochen noch war das allen egal. Jetzt sind die Sorgen groß.

VON ULRIKE OSMAN

Türkenfeld – Die Gemeinde ist ein Dorf und will es auch bleiben. Trotzdem wehrt man sich nun dagegen, im neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP) vom Verdich-

tungsraum zum ländlichen Raum herabgestuft zu werden. Man befürchtet Einschränkungen in der Planungshoheit. Die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbeflächen würde nach Ansicht der Verwaltung erheblich erschwert.

In seiner Sitzung Anfang August hatte der Gemeinderat das LEP ohne Einwände durchgewunken. In einem Gespräch mit dem Tagblatt hatte Bürgermeister Pius Keller (CSU) explizit auf die Herabstufung angesprochen, ebenfalls keine Auswirkungen befürchtet. Das klingt

nun alles anders. Jetzt scheint dem Gremium und dem Rathauschef durchgesickert zu sein, dass es eben doch Folgen haben könnte.

Denn: Türkenfeld gehört im Entwurf nicht mehr zum Verdichtungsraum im Umland von München, sondern ist als ländlicher Raum dargestellt. Diesen will die Landesregierung zwar verstärkt fördern, zum Beispiel in Sachen Breitbandausbau. Die Außenentwicklung werde jedoch schwieriger, warnt die Verwaltung. Außerdem sei die Herabstufung nicht gerechtfertigt. Gegenargumente

sind das starke Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahre und der S-Bahn-Anschluss nach München. „In meiner Brust schlagen zwei Herzen“, bekannte Bürgermeister Pius Keller. Türkenfeld solle nicht ungebremst wachsen, aber seinen Handlungsspielraum behalten. „Wenn wir als ländlicher Raum eingestuft werden, dürfen wir alles Mögliche nicht mehr“, sagte Keller.

Auch der Schulstandort stehe dann womöglich zur Disposition. Emanuel Staffler (CSU) sah unter anderem den Erlass von Ortsabrundungs-

satzungen gefährdet. „Damit ermöglichen wir, dass Kinder im Garten ihrer Eltern bauen. Das wollen wir auch weiterhin tun.“ Man werde kein Gewerbe mehr ansiedeln können, warnte Christoph Maier (SPD). Dieses brauche man aber. „Das Geld muss ja irgendwo herkommen.“

Die zweite Bürgermeisterin Claudia Glas (SPD) sprach sich dagegen für den ländlichen Raum aus. „Ich bin für Innenverdichtung und gegen Ausfransung.“ Bestehende Baulandbeschränkungen habe die Gemeinde sich selbst auferlegt. Breitbandförderung

werde Türkenfeld eh nicht bekommen. „Da gehen wir ja schon unseren eigenen Weg.“

Valentin Schmitt (DG) meinte, das LEP werde letztendlich in der Schublade landen und sich auf den Alltag der Gemeinde nicht auswirken. „Wir sollten froh sein, dass wir zum ländlichen Raum gehören.“ Mit zwei Gegenstimmen beschloss der Gemeinderat, gegen die Herabstufung Einspruch einzulegen. „Diese Entscheidung wird Signalwirkung für die umliegenden Gemeinden haben“, zeigte sich Keller überzeugt.

Kritik an Landesplanung

Emmering und Türkenfeld wehren sich gegen Beschränkungen

Emmering/Türkenfeld - Die Gemeinden Emmering und Türkenfeld haben sich kritisch zum Entwurf des Landesentwicklungsprogramm (LEP) geäußert und Korrekturen verlangt. So will die Gemeinde Emmering, dass die dritte Start- und Landebahn für den Flughafen München gestrichen wird. Türkenfeld möchte weiter zum Verdichtungsraum gerechnet werden.

Nachdem sich in Emmering bereits der Bauausschuss kontrovers über weitere LEP-Vorgaben diskutiert worden war, beschloss der Gemeinderat bei sechs Gegenstimmen am Mittwoch, sich für größere Verkaufsflächen bei Einzelhandelsprojekten auszusprechen. Wenn für alle Gemeinden in Bayern in städtebaulich integrierten Lagen statt wie bisher 800 bis zu 1200 Quadratmeter Verkaufsfläche zugelassen werden, sei eine bessere Nahversorgung möglich, heißt es in der Stellungnahme.

Die Gemeinde Türkenfeld wehrt sich dagegen, in der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms nicht mehr zum Verdichtungsraum im Umland von München gerechnet zu werden. Zukünftig soll

der Ort dem ländlichen Raum zugeschlagen werden. Die Mehrheit im Gemeinderat befürchtet bereits, dass diese Herabstufung Einschränkungen nach sich zieht, wenn zum Beispiel neue Wohngebiete oder Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollen. Auch die Gemeindeverwaltung warnt, dass die Außenentwicklung infolge der neuen Klassifizierung schwieriger werden könnte. Die Herabstufung sei angesichts des starken Bevölkerungszuwachses der vergangenen Jahre nicht gerechtfertigt und Türkenfeld sei schließlich auch Endhaltepunkt der S-Bahn.

„In meiner Brust schlagen zwei Herzen“ sagte Bürgermeister Pius Keller. Türkenfeld solle zwar nicht ungebremst wachsen, doch den Handlungsspielraum der Kommune wolle man auch nicht unnötig einengen lassen. Im ländlichen Raum dürfe man sicher vieles nicht mehr, was im Verdichtungsraum erlaubt ist. Keller befürchtet zudem, dass der Schulstandort Türkenfeld leichter aufgegeben werden könnte, wenn der Ort dem ländlichen Raum zugeschlagen wird.

MANFRED AMANN

SZ/BT/22.12.2012

Brücker Tagblatt / 25.09.2012

100 000 Euro pro Nase für Straßenausbau?

Auf einzelne Anwohner könnten immense Kosten zukommen – Gemeinde Türkenfeld sucht gerechte Lösung

VON ULRIKE OSMAN

Türkenfeld – Wie geht es mit dem Straßenausbau weiter und wer zahlt's? Darüber hat der Gemeinderat diskutiert. Die Zahlen dürften manchen Bürger allerdings in die Knie gehen lassen. Bis zu 100 000 Euro pro Nase als Beteiligung an den Ausbaukosten sind im Gespräch.

Eine ganze Reihe maroder Ortsstraßen soll ab dem Jahr 2014 auf einen angemessenen

technischen Stand gebracht werden. Für die Sudetenstraße hatte die Verwaltung die Kostenschätzung eines Planungsbüros eingeholt. Demnach würde die Maßnahme – Vollausbau mit neuem Unterbau, Straßenentwässerung und neuer Tragschicht – plus Beleuchtung, Bepflanzung und Ingenieurleistungen rund 785 000 Euro kosten. Der Gemeindeanteil würde lediglich zehn Prozent betragen, rund 700 000 Euro müssten also

die Anwohner bezahlen. Davon gibt es derzeit genau sieben, da die Straße nur einseitig bebaut ist – macht rein rechnerisch 100 000 Euro für jeden von ihnen.

Unmöglich fand das Manuel Müller (CSU). „Wir können die Leute nicht so dermaßen krass belasten.“ Er stellte die Frage, warum das Straßenausbaukonzept überhaupt fortgeführt werden müsse. „Warum verfahren wir nicht weiter so wie bisher und

bleiben bei Spritzteer?“ Robert Müller (DG) wandte ein, dass die kaputten Straßen für die Gemeinde erhöhte Unterhaltskosten mit sich bringen. Claudia Glas (SPD) verwies auf all jene Bürger, die bereits für die Straße vor ihrer Haustür gezahlt hätten und über ihre Steuern nun auch noch die Reparatur der anderen mitfinanzieren müssten. „Es haben sich schon viele beschwert, die das ungerecht finden.“ Sie schlug allerdings

vor, die Sudetenstraße aus dem Gesamtpaket herauszunehmen und für sie eine gesonderte Lösung zu suchen. Eine Arbeitsgruppe aus Bürgermeister Pius Keller (CSU) und mehreren Gemeinderäten hatte den Vorschlag gemacht, im Jahr 2014 die Bajuwaren-, Kelten- und Germanenstraße auszubauen, 2015 die Sudeten- und die Ludwig-Thoma-Straße, 2016 die Beethoven-, Mozart- und Haydnstraße sowie 2017 die

Schubert-, Zugspitz-, Donauschwaben- und Ostlandstraße. 2018 schließlich wären Schul- und Kirchstraße an der Reihe. Einen Beschluss fasste das Gremium noch nicht. Das Thema soll in einer Sondersitzung behandelt werden und dann in den Haushaltsberatungen zur Sprache kommen. Emanuel Staffler (CSU) regte an, vor weiteren Debatten für jede Straße eine grobe Kostenschätzung einzuholen.